

Rücktritt vorerst kein Thema

Der inhaftierte Seeger Bürgermeister will im Amt bleiben

Seeg Der in Untersuchungshaft sitzende Bürgermeister der Gemeinde Seeg (Kreis Ostallgäu) wird vorerst nicht von seinem Amt zurücktreten. Das hat sein Rechtsanwalt Robert Chasklowicz mitgeteilt. Der Gemeinderat hatte den Rathauschef in einem Schreiben dazu aufgefordert, seinen Posten freiwillig aufzugeben (wir berichteten).

Das Gremium wollte nach eigener Aussage sich und der Verwaltung damit wieder mehr Planungssicherheit verschaffen. Die Gemeinde hängt seit der Verhaftung in einer Art Schwebezustand, da unklar ist, wann und ob es zur Amtsenthebung kommt oder wie das Strafverfahren endet. Der Rücktritt sollte auch den Weg für Neuwahlen frei machen.

Das Schreiben des Gemeinderats hat den Bürgermeister laut seinem Anwalt noch nicht erreicht. Trotzdem schließt der Jurist einen freiwilligen Rücktritt aus. Erstens gebe es gegen seinen Mandanten in dessen Funktion als Bürgermeister keinerlei strafrechtlichen Vorwürfe. Diese beträfen nur den außerdienstlichen Bereich. Insoweit gelte die Unschuldsvermutung. Zweitens sei die Gemeinde durch einen Zweiten und Dritten Bürgermeister vertreten.

Der Rathauschef wurde im Januar verhaftet, weil er mit dem damaligen Leiter des Seeger Caritasheims über die Einrichtung Geld in Millionenhöhe veruntreut haben soll. Seitdem sitzt der Bürgermeister in U-Haft. Dagegen hatte sein Anwalt Beschwerde eingelegt, war jedoch in mehreren Gerichtsinstanzen gescheitert. „Nach unserer Auffassung liegt Fluchtgefahr vor“, sagte die Staatsanwaltschaft zur Begründung. (dec)